18.03.2024

Haushalt 2024

Sagen, was ist.

Rudolf Augstein

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrtes Publikum,

Sagen, was ist. Das heißt, wir sind besorgt um die kommunalen Finanzen im Allgemeinen, wir sind besorgt um die Finanzen unserer Gemeinde im Besonderen, wir sind besorgt um die Unternehmen in unserer Gemeinde und wir sind besorgt um die Menschen in unserer Gemeinde.

Zum uns vorliegenden Haushalt fasse ich mich kurz.

Erstens: Es ist in unserer relativ kleinen Verwaltung möglich, nach dem Rückzug der Kämmerin, Frau Balzukat, einen ebenso kompetenten Kämmerer, Herrn Tegeler, aus eigenem Hause zu berufen.

Zweitens: Dieser Haushalt enthält die vom Rat gewünschten Maßnahmen.

Drittens: Dieser Haushalt ist so eng geplant, dass er mit einem Fehlbedarf von 0,5 Mio € aus den Nähten platzt, er ist strukturell unterfinanziert und nur aus dem Grunde von der Aufsichtsbehörde genehmigungsfähig – und das ist das Entscheidende, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Ratsmitglieder, weil wir den Fokus auf die Aufsichtsbehörde richten.
Dieser Haushalt enthält geschönte Zahlen in einem von der Landesregierung rechtlich zulässigen, aufgeweichten bilanziellen Rahmen Punkt

Fraktionsvorsitzender Gerd Schröder
email: gerd.schroeder@spd-nawi.de
stellvertretender Vorsitzender Ronny Sachse
email: ronny.sachse@spd-nawi.de

Das war's. Soviel zum vorliegenden Haushalt.

Fertig bin ich allerdings noch nicht. Die Ausführungen zur Finanzsituation der kommunalen Haushalte und der in unserer Gemeinde sind etwas umfangreicher.

Seit über zweihundert Jahren, seit den Stein'schen Reformen, gilt in unserem Land das Prinzip, die Menschen sollen vor Ort über ihre Angelegenheiten selbst entscheiden. Dieser Grundsatz hat sich im Grundgesetz und in der Landesverfassung unter dem Stichwort ‚Kommunale Selbstverwaltung' manifestiert. Ich zitiere dazu Artikel 28 II Grundgesetz: Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle. Ähnlich führt es Artikel 78 der Landesverfassung des Landes Nordrhein-Westfalen aus. Eine solche kommunale Selbstverwaltung existiert aber faktisch nicht mehr, denn ‚der Rahmen der Gesetze' schnürt uns zu. Wir haben lediglich noch eine Illusion von Entscheidung vor Ort. Die eigentlichen Entscheidungen für unsere Gemeinde werden woanders getroffen. Bei einem Investitionsvolumen von 19,0 Mio € erwarten wir Einnahmen des Landes in Höhe von 13,3 Mio. €. In diesen 13,3 Mio. € sind 561 T€ als frei entscheidbare Investitionspauschale enthalten. Der Rest ist zweckgebunden. Die frei verfügbaren Mittel in Höhe von 5,6 Mio € reichen bei weitem nicht aus, eine kommunale Infrastruktur zu erhalten und unsere Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln.

Weil – weil, die Städte und Gemeinden seit nunmehr einer Generation strukturell unterfinanziert sind. Weil die öffentlichen Haushalte strukturell unterfinanziert sind. Es geht ja nicht nur den Gemeinden so, denn auch das Land schiebt einen riesigen Schuldenberg vor sich her. Der Idealfall kommunaler Selbstverwaltung wäre doch, diese 13,3 Mio €, die wir aus dem Steuerverbund erwarten, werden zu Beginn des Jahres ausgezahlt und wir, die wir hier sitzen und die Bürger der Gemeinde repräsentieren, entscheiden verantwortungsvoll, wie dieses Geld verwendet wird. Das ist aber aus dem Grunde nicht möglich, weil es dem Land in dem Fall plötzlich an Liquidität fehlen würde. So beschränkt es sich darauf, das Geld tröpfchenweise zu verteilen, zunächst die Kommunalverwaltungen nach Fördertöpfen suchen zu lassen, Förderanträge stellen zu lassen und anschließend Verwendungsnachweise erstellen zu lassen. Damit betrachtet

Fraktionsvorsitzender Gerd Schröder
email: gerd.schroeder@spd-nawi.de
stellvertretender Vorsitzender Ronny Sachse
email: ronny.sachse@spd-nawi.de

das Land diese zweckgebundenen Mittel als seine eigenen Mittel, von denen es genau wissen möchte, wie diese seine Mittel verwendet werden. Diese Praxis lässt sich in Einzelfällen über Jahre hinziehen. Das Ergebnis ist eine Entmündigung der Räte, und damit der Menschen vor Ort, die von diesen Räten repräsentiert werden. Im vertikalen Staatsaufbau, dem Verhältnis der Länder und der Kommunen zueinander ist durch die Förderpolitik des Bundes und des Landes ein Bürokratiemonster entstanden, dass jegliches Handeln auf unterer Ebene, sei es im Bereich der unteren Behörden, als auch der Privaten – natürliche und juristische Personen – einschränkt.

In den Jahren niedriger, ja teilweise sogar negativer Zinsen, war es uns auf Grund der Regelungen des Stärkungspaktes nicht möglich, in die gemeindliche Infrastruktur zu investieren, so hilfreich und wichtig dieser Stärkungspakt auch gewesen ist. Wir hätten investieren können, wir hätten ohne Zinsbelastungen Kredite für Investitionen aufnehmen können. Diese Chance ist vertan, die Zinsen sind gestiegen und damit der Spielraum für notwendige Investitionen eingeschränkt.

Die Entscheidungen fallen längst woanders, weil wir uns faktisch in einem zentral gesteuerten Staatsaufbau befinden. Das sehen wir hier vor Ort deutlich am Beispiel der Brücke, bei der wir ausschließlich zusehen dürfen, was geschieht und was nicht geschieht. In dieses System passt auch, dass ein Landesbetrieb, der Straßen.NRW nun mal ist, nicht die örtliche Verwaltung - auf dem Dienstweg - über eine Brückensperrung informiert, sondern diese es vom Kreisbrandmeister erfährt. Es gibt auch keinen „Dienstweg“ von einem rechtlich unselbständigen Landesbetrieb direkt nach „unten“ in die Kommunalverwaltungen. Der Dienstweg geht erst nach „oben“ und von dort aus unter Umgehung eines rechtlich unselbständigen Landesbetriebes nach „unten“. Und wenn die Verwaltung mal eigenmächtig handelt und anstelle der gesperrten Brücke eine Pontonbrücke für Fußgänger baut, damit wenigstens eine Flußüberquerung zu Fuß möglich ist, dann kommt die Bezirksregierung daher und sagt: Was habt ihr denn da gemacht – ohne uns zu fragen?

Durch die Umwandlung von Behörden, in rechtlich unselbständige Betriebe oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, haben wir die Verantwortung für Entscheidungen soweit verteilt und diffus gestaltet, dass Verantwortung zunehmend intransparent geworden ist und sie jeder auf einen anderen abschieben kann.

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren,
in der vergangenen Woche haben wir von der Feuerwehr im Hauptausschuss gehört, dass

Fraktionsvorsitzender Gerd Schröder email: gerd.schroeder@spd-nawi.de
stellvertretender Vorsitzender Ronny Sachse email: ronny.sachse@spd-nawi.de

es zunehmend schwerfällt, Menschen für das Ehrenamt ‚Feuerwehr' zu gewinnen, den Vereinen fällt es zunehmend schwer, Ehrenamtler zu gewinnen, der TuS Nachrodt, der größte Verein der Gemeinde, findet keinen Nachfolger für den Vorsitz (come-on.de vom 26.01.2024). Den politischen Parteien werden auch nicht gerade die Türen eingelaufen. Es hat sicherlich viel mit einem gesellschaftlichen Wandel, einem Rückzug in ein individuelles Leben zu tun, es mag aber auch damit zusammenhängen, dass wir hier vor Ort machtlos sind, weil viel zu viel von ‚denen da oben' entschieden wird. Daher möchten wir an dieser Stelle an die Menschen in unserer Gemeinde appellieren, fangen wir doch wieder an, hier vor Ort unsere eigenen Angelegenheiten in die eigene Hand zu nehmen. Dort wo es sehr einfach möglich ist, in den Vereinen, in der Feuerwehr und nicht zuletzt in den politischen Parteien. Es lohnt sich, selbstbestimmt zu gestalten und zu leben. Lassen Sie uns das zunehmend abhandenkommende Gemeinschaftsverständnis hier in unserer Gemeinde wieder neu entwickeln.
Am Beispiel des THW haben wir es doch noch vor wenigen Wochen gesehen, dass wir uns selbst helfen können, wenn einfach angepackt wird, wenn wir unsere Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Heißt es ‚dort oben', es geht nicht, dann können wir immer noch sagen, dass es geht und wie es geht und es angehen.

Wir wünschen uns, dass das örtliche Zusammenleben, das gesellschaftliche Zusammenleben, die kommunale Politik nicht mehr in den sogenannten Sozialen Medien – auf der sarkastischen Ebene – sondern in den Vereinen, Verbänden, den Parteien und Räten – auf der sachlichen Ebene – stattfindet.

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren,
zurück zu den Kommunalfinanzen. Wir haben darüber beraten, wie mit diesem Haushalt umzugehen ist: Ablehnen – Enthalten – nur um ein Signal zu setzen, dass das Finanzaufkommen nicht ausreichend ist? Letztlich würden wir damit die Falschen – nämlich Sie und die Verwaltung, schließlich uns alle – treffen und diejenigen, die es eigentlich treffen sollte, schütteln mit dem Kopf. Die Frage jedoch bleibt bestehen, wie die Haushalte in den kommenden Jahren im Hinblick auf geringere Steuererträge in Folge einer maroden Infrastruktur und auf steigende Aufwendungen, nicht zuletzt begründet beim Märkischen Kreis, aussehen werden. Diese Frage zu beantworten, ist uns leider nicht gegeben, jedenfalls nicht momentan und so wird die SPD-Fraktion diesem Haushalt zustimmen.

Vielen Dank.

Fraktionsvorsitzender Gerd Schröder
email: gerd.schroeder@spd-nawi.de
stellvertretender Vorsitzender Ronny Sachse
email: ronny.sachse@spd-nawi.de